



Presseinformation

Wiesbaden, 21. Dezember 2018
Nr. 458

Winter-Raps mit gentechnisch veränderten Spurenanteilen wird vernichtet

Hessens Umweltstaatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser: „Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Hessen gentechnikfrei bleibt.“

Auf einer Fläche von etwa 42 Hektar wurden in Hessen nach gegenwärtigem Ermittlungsstand 14 Einheiten von gentechnisch verunreinigtem Saatgut ausgesät. Insgesamt sind 17 Einheiten des betroffenen Saatgutes nach Hessen gelangt. Die betroffenen Landwirte werden derzeit vom Regierungspräsidium Gießen darüber informiert, dass der weitere Anbau der betroffenen Rapsparterie umgehend zu beenden ist und die bereits aufgewachsenen Pflanzen durch mechanische Bearbeitung vernichtet werden müssen. Bisher nicht ausgesätes Saatgut muss zurückgegeben und vernichtet werden. Die Landwirtinnen und Landwirte hatten beim Erwerb des betroffenen Saatgutes keinerlei Kenntnis von der Verunreinigung und werden vom Hersteller eine finanzielle Entschädigung erhalten.

Die Europäische Kommission informierte die Mitgliedstaaten vor einiger Zeit, dass bei einer amtlichen Kontrolle von Rapssaatgut in Frankreich in einer Partie ein Anteil von weniger als 0,1% des gentechnisch veränderten Rapses GT73 nachgewiesen wurde. In einer aus dem gleichen Ausgangssaatgut hergestellten und nach Deutschland gelieferten Saatgutpartie wurde bei einer behördlichen Kontrolle nun ebenfalls eine Verunreinigung mit Spuren von GT73-Raps festgestellt.

Der gentechnisch veränderte Raps GT73 verfügt über eine Toleranz gegenüber Glyphosat-haltigen Herbiziden und besitzt eine Zulassung als Lebens- und Futtermittel in der EU. Eine Gesundheitsgefährdung von Mensch und Tier ist nicht zu erwarten. Der Anbau in der EU ist nicht zugelassen. Um eine Auskreuzung von Raps und damit eine Verbreitung von GT73 in der Umwelt zu vermeiden, muss bereits ausgesäeter Raps vor der Blüte im Frühjahr vernichtet werden.

Die Hessische Landesregierung hatte sich schon 2014 dafür ausgesprochen, die Land- und Forstwirtschaft Hessens gentechnikfrei zu halten. Unter anderem hat sie sich zur

Gentechnikfreiheit auf allen landeseigenen Flächen verpflichtet und hat im Oktober 2017 die Präsidentschaft im „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ übernommen. Das Ziel der Gentechnikfreiheit wird auch in dem gestern vorgestellten Koalitionsvertrag für die neue Legislaturperiode erneut bekräftigt.